

Parlament/ÖVP/Sondersitzung/Verwaltungsreform/Tamandl

Tamandl: Das Wiener Rathaus braucht frischen Wind

Utl.: ÖVP-Abgeordnete sieht dringenden Reformbedarf in Verwaltungsangelegenheiten

Wien (OTS/ÖVP-PK) - Wir bekennen uns zur Verwaltungsreform, aber der Bund kann nicht alle notwendigen Einsparungen alleine durchführen. Auch die Länder und Gemeinden sind gefordert. Wien als Bundesland, Stadt und Gemeinde will davon aber am Allerwenigsten wissen, kritisierte heute, Dienstag, im Rahmen der Sondersitzung des Nationalrats die Wiener ÖVP-Abg. Gabriele Tamandl die Politik der SPÖ-Wien. Möglichkeiten für Einsparungen sieht Tamandl genug. ****

Die ÖVP-Abgeordnete kritisierte, dass sich in Wien praktisch jeder Stadtrat eine eigene "Truppe" halte und verwies beispielsweise auf die Spezialtruppe "Waste Watcher" für den Müll. Hinsichtlich der Beißkorb- und Leinenpflicht für Hunde sei aber wiederum die Polizei zuständig. "Wir brauchen eine Verwaltungsreform. Wir wollen eine einheitlich uniformierte Stadtwache und einen Sicherheitsstadtrat, wie es auch ÖVP-Spitzenkandidatin Christine Marek fordert. Die Polizei soll von ihren Verwaltungsaufgaben entlastet und dadurch für die Kriminalitätsbekämpfung frei gespielt werden", so Tamandl weiter.

Einsparen könne man auch bei den Wiener Gemeindespitalern, wo "Millionen brach liegen". Auch hier gebe es offenbar keinen Verwaltungsreformwillen. Die Ordensspitäler seien innerhalb der letzten fünf Jahre im Vergleich viel produktiver gewesen. "Wir haben hier einen budgetären Problemfall in Wien", verwies Tamandl in diesem Zusammenhang auch auf den Hebammen-Arbeitskonflikt im AKH. Laut Univ. Prof. Dr. Peter Husslein, Leiter der Universitäts-Frauenklinik des Wiener AKH, liege dabei die alleinige Verantwortung bei der Gemeinde Wien. Die ÖVP-Abgeordnete wies auf eine **IHS-Studie**, die festgestellt habe, dass gerade im Krankenanstaltenverbund eine Kostenoptimierung notwendig sei. 190 Millionen Euro könnten eingespart werden. "Ein Blick über die Grenzen nach Niederösterreich würde viel bringen. Da könnte sich die Wiener Stadtregierung ein Beispiel nehmen."

Als weiteren Kritikpunkt nannte die Wiener Abgeordnete die nicht umgesetzte Pensionsreform der Landesbediensteten und verwies auf Zusatzkosten von 350 Millionen. Es sei ein Skandal, wenn Bürgermeister Häupl diese mit dem Argument nicht umsetzen wolle, dass sie noch unter der Regierung Schüssel beschlossen wurde. "Wenn in Wien die Beamten durchschnittlich mit 57,1 Jahren in Frühpension gehen und im Bund im Schnitt mit 60 Jahren, kann man sehr wohl von Ungerechtigkeit sprechen", mahnte Tamandl dringend eine Reform ein.

"Die SPÖ-Alleinregierung in Wien ist gescheitert. Es wäre an der Zeit, dass die SPÖ endlich einen Regierungspartner bekommt, der Verantwortung für die Stadt übernimmt, damit mit Christine Marek endlich ein frischer Wind im Rathaus weht", schloss Tamandl. (Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Tel.: 01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0294 2010-10-05/15:16

051516 Okt 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte

*weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an:
Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at*